



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

07.11.2025
HHA

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz
zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2025 in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 21/2990 zu Drucksache 21/2873

Inhalt des Antrags: Ersatzbeschaffung von Polizeihubschraubern auf das Haushaltsjahr 2026 vertagen

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 81 Bezeichnung Polizeibehörden
Produktnr. 005 Bezeichnung Ausstattung und Technik

Veränderungen in Euro		2025		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen			
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Streichung der Verpflichtungsermächtigungen (insgesamt 92 Mio. Euro).

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Für die Ersatzbeschaffung von Polizeihubschraubern sind Mittel im Rahmen des Haushalts 2026 zu bewilligen. Beschlüsse über gemeinsame Beschaffungsvorhaben sind bis zur Verabschiedung des Haushalts 2026 im März des folgenden Jahres zu vertragen. Eine Notwendigkeit für die Ausbringung entsprechender Verpflichtungsermächtigungen im Nachtragshaushalt 2025 für das Jahr 2026, aber auch für die Folgejahre, ist nicht gegeben.

Wiesbaden, 07.11.2025

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou